

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung
der Stadtverordnetenversammlung

Kassel

Geschäftsstelle:
Büro der
Stadtverordnetenversammlung
Rathaus, 34112 Kassel
Auskunft erteilt: Frau
Spangenberg
Tel. 05 61/7 87-12 25
Fax 05 61/7 87-21 82
E-Mail:
Elisabeth.Spangenberg@stadt-
kassel.de
oder stavo-buero@stadt-kassel.de

Kassel, 11.06.2008

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur **24.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung lade ich ein für

**Donnerstag, 19.06.2008, 17.00 Uhr,
Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel.**

Tagesordnung:

- 1. Hausmeisterwohnung der Schule Brückenhof-Nordshausen
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 10.12.2007
Bericht der Magistrats
101.16.705**
- 2. Baumaßnahmen Walter-Hecker-Schule
Bericht des Magistrats
101.16.933
vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung am
16.06.2008**
- 3. Übergangszahlen**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Dr. von Rüden
- 101.16.882 -
- 4. Stand der Planungen des Schulentwicklungsplanes**
Antrag der CDU-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordneter Dr. von Rüden
- 101.16.891 -

5. **Vergabe von Schulsporthallen und Klassenräumen**
Anfrage der FDP-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Goebel-Feußner
- 101.16.892 -
6. **Schulische Integration behinderter Kinder fördern**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Dr. van den Hövel
- 101.16.893 -
7. **Ganztagsbetreuung Schule Schenkelsberg**
Anfrage der SPD-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Bogdon
- 101.16.915 -
8. **Schulinspektionen**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Mütterthies
- 101.16.928 -
9. **Information und Beratung - Förderprogramm "Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds"**
Antrag der SPD-Fraktion
Berichtersteller/in: Stadtverordnete Bergmann
- 101.16.960 -

Mit freundlichen Grüßen

Gabriele Jakat
Vorsitzende

Kassel, 23.06.2008

Niederschrift

über die 24. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung
am Donnerstag, 19.06.2008, 17.00 Uhr,
im Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel

Anwesende: Siehe Anwesenheitsliste
(Bestandteil der Niederschrift)

Tagesordnung:

1. Hausmeisterwohnung der Schule Brückenhof-Nordshausen
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 10.12.2007
Bericht der Magistrats
101.16.705
2. Baumaßnahmen Walter-Hecker-Schule
Bericht des Magistrats
101.16.933
vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung am
16.06.2008
3. Übergangszahlen 101.16.882
4. Stand der Planungen des Schulentwicklungsplanes 101.16.891
5. Vergabe von Schulsporthallen und Klassenräumen 101.16.892
6. Schulische Integration behinderter Kinder fördern 101.16.893
7. Ganztagsbetreuung Schule Schenkelsberg 101.16.915
8. Schulinspektionen 101.16.928
9. Information und Beratung - Förderprogramm "Betrieblich
unterstützte Kinderbetreuung aus Mitteln des Europäischen
Sozialfonds" 101.16.960

Vorsitzende Jakat eröffnet die mit der Einladung vom 11. Juni 2008 ordnungsgemäß einberufene 24. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung, begrüßt die Anwesenden, darunter besonders Herrn Krahl vom Architekturbüro Roller Krahl, und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Vorsitzende Jakat stellt mit Einverständnis der Ausschussmitglieder fest, dass der Tagesordnungspunkt 2, Baumaßnahmen Walter Hecker-Schule, Bericht des Magistrats, 101.16.933, an erster Stelle behandelt wird, um unnötige Wartezeiten für den anwesenden Vertreter des Architekturbüros zu vermeiden.

Anschließend stellt Vorsitzende Jakat auf Wunsch der Stadtverordneten Bogdon, SPD-Fraktion, im Einvernehmen mit den Ausschussmitgliedern fest, dass die Beratung des Tagesordnungspunktes 9, Information und Beratung – Förderprogramm „Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds“, Antrag der SPD-Fraktion, 101.16.960, bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt wird.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen, so dass Vorsitzende Jakat die Tagesordnung in der geänderten Form feststellt.

2. Baumaßnahmen Walter-Hecker-Schule Bericht des Magistrats 101.16.933 vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung am 16.06.2008

Beschluss

Der Magistrat wird aufgefordert, die mit der Schulgemeinde abgestimmten Bauplanungen zur Errichtung des neuen Werkstattgebäudes mit Werkstatt und Klassenräumen an der Walter-Hecker-Schule sowie die Finanzierung der Baumaßnahmen am 19.06.2008 in der Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung vorzustellen.

Nach der Vorstellung der Planungen durch Herrn Krahl, Architekturbüro Roller Krahl, beantworten Stadträtin Janz, Herr Krahl und Amtsleiter Neukäter, Amt Gebäudewirtschaft, noch offene Fragen der Ausschussmitglieder.
Vorsitzende Jakat erklärt anschließend den Tagesordnungspunkt für erledigt.

Zur Kenntnis genommen

**1. Hausmeisterwohnung der Schule Brückenhof-Nordshausen
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 10.12.2007
Bericht der Magistrats
101.16.705**

Beschluss

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, ob auf den Verkauf des ehemaligen Hausmeister-Wohngebäudes verzichtet und das Haus der Grundschule Brückenhof-Nordshausen der Schule zur Pädagogischen Arbeit überlassen werden kann.

Das Prüfergebnis soll im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung berichtet werden.

Stadträtin Janz und Amtsleiter Neukäter, Amt Gebäudewirtschaft, berichten über das Prüfergebnis und beantworten anschließend Fragen der Ausschussmitglieder. Vorsitzende Jakat erklärt den Tagesordnungspunkt für erledigt.

Zur Kenntnis genommen

3. Übergangszahlen
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.16.882 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie lauten die Übergangszahlen von den Klassen 4 der Grundschulen der Stadt und des Landkreises Kassel an die weiterführenden Schulen der Stadt und des Landkreises Kassel?
2. Wie hoch sind die Übergangszahlen von den 10. Klassen der Stadt und des Landkreises Kassel an die Oberstufengymnasien und die Beruflichen Gymnasien in der Stadt und im Landkreis Kassel?
3. Welche Schlussfolgerungen zieht der Magistrat aus diesen Zahlen im Hinblick auf die Schulentwicklungsplanung?

Stadträtin Janz und stellv. Amtsleiter Heger, Schulverwaltungsamt, beantworten die Anfrage abschließend.

Nach kurzer Aussprache erklärt Vorsitzende Jakat die Anfrage für erledigt.

Die Anfrage ist beantwortet.

4. Stand der Planungen des Schulentwicklungsplanes

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.16.891 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, im Hinblick auf den im Frühjahr 2009 vorzulegenden Schulentwicklungsplan in den Sitzungen des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung bis zum Vorlagetermin regelmäßig über den aktuellen Planungsstand zu berichten.

Stadtverordnete Mütterhies begründet den Antrag ihrer Fraktion.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst nach kurzer Aussprache bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der CDU-Fraktion betr. Stand der Planungen des Schulentwicklungsplanes, 101.16.891, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Ramdohr

5. Vergabe von Schulsporthallen und Klassenräumen

Anfrage der FDP-Fraktion

- 101.16.892 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wer ist für die Vergabe von Schulsporthallen/Klassenräumen an Vereine und sonstige Nutzer zuständig?
2. Zu welchen Bedingungen werden die Schulsporthallen/Klassenräume vergeben?
3. Wie hoch sind die Nutzungsentgelte? Sind diese gestaffelt?
4. Wird die Nutzung von Schulsporthallen/Klassenräumen auch in Ferienzeiten gestattet?
5. Gelten für alle in städtischer Trägerschaft befindlichen Schulsporthallen einheitliche Vergaberichtlinien?

Stadtverordnete Goebel-Feußner begründet die Anfrage der FDP-Fraktion, die anschließend von Stadträtin Janz beantwortet wird.

Nach kurzer Aussprache erklärt Vorsitzende Jakat den Tagesordnungspunkt für erledigt.

Die Anfrage ist beantwortet.

6. Schulische Integration behinderter Kinder fördern
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.16.893 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die schulische Integration behinderter Kinder und Jugendlicher im Rahmen seiner Möglichkeiten in sämtlichen Bereichen des schulischen Alltags gezielt zu fördern und die Rahmenbedingungen hierfür zu verbessern.

Hierzu soll im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung eine Vernetzung zwischen dem Staatlichen Schulamt, dem Jugendamt, dem Gesundheitsamt und dem Sozialamt hergestellt werden.

Es soll geprüft werden, ob ergänzend zu dem bestehenden Landesprogramm ein kommunales Programm zur Integration und die Einstellung von SchulassistentInnen realisiert werden kann.

Weiterhin soll geprüft werden, ob die Möglichkeit besteht eine Beratungsstelle einzurichten, in der die Eltern eine ausführliche, gebündelte Beratung über Integrationsmaßnahmen bekommen. Dabei werden sowohl formale Fragen, als auch Probleme die im Elternhaus, in der Kita oder Schule auftreten, erörtert.

Des Weiteren soll die Möglichkeit gegeben werden, dass die Integrationskinder in der Regelschule einen Platz in der Grundschulkindbetreuung bekommen. Hierfür sind die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

Darüber hinaus wird der Magistrat aufgefordert, sich beim Land Hessen dafür einzusetzen,

1. dass die sächliche, personelle und finanzielle Ausstattung der Schulen dahingehend verbessert wird, dass zukünftig das Wunsch- und Wahlrecht aller Eltern für eine integrierte Beschulung ihrer Kinder gleichberechtigt gewährleistet werden kann.
2. dass die Mittel für gemeinsamen Unterricht in den unterschiedlichen Schulformen dem Bedarf angepasst werden und insbesondere die Zuweisung von Stellen für den gemeinsamen Unterricht im Bereich des Staatlichen Schulamtes Kassel kurzfristig verdoppelt wird. Nach Wunsch soll jedes Kind in seiner wohnortnahen Regelschule aufgenommen werden.

3. dass der Integrationsabbruch im Übergang von Kita und Grundschule behoben wird.

Um die Erfahrungen und die Bedürfnisse der Praxis möglichst frühzeitig in diesem Prozess zu berücksichtigen, wird der Magistrat zudem aufgefordert, eine Anhörung mit den verschiedenen Akteuren und Institutionen (Elternorganisationen, fab, BFZ, Staatliches Schulamt, Pädagogische Frühförderstellen – Jugendamt – Gesundheitsamt – Sozialamt - Förderschulen- I-Klassenbetroffene Schulen) durchzuführen. Im Rahmen dieser Anhörung soll eine Bestandsaufnahme erstellt und Möglichkeiten der konkreten Schritten zur schulischen Integration eruiert werden. Dabei soll auch über den Stand der barrierefreien Umgestaltung der Schulen berichtet werden.

4. dass in den Regelschulen nicht nur zielgleich zu unterrichtende Kinder aufgenommen werden, sondern auch Kinder mit anderen Behinderungen, wenn das von den Eltern so gewollt ist.

Stadtverordnete Dr. van den Hövel-Hanemann ändert den gemeinsamen Antrag wie folgt ab:

Geänderter gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die schulische Integration behinderter Kinder und Jugendlicher im Rahmen seiner Möglichkeiten in sämtlichen Bereichen des schulischen Alltags gezielt zu fördern und die Rahmenbedingungen hierfür zu verbessern.

Hierzu soll im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung eine Vernetzung zwischen dem Staatlichen Schulamt, dem Jugendamt, dem Gesundheitsamt, dem Sozialamt **und dem Schulverwaltungsamt** hergestellt werden.

Es soll geprüft werden, ob ergänzend zu dem bestehenden Landesprogramm ein kommunales Programm zur Integration und die Einstellung von SchulasistentInnen realisiert werden kann.

Weiterhin soll geprüft werden, ob die Möglichkeit besteht eine Beratungsstelle einzurichten, in der die Eltern eine ausführliche, gebündelte Beratung über Integrationsmaßnahmen bekommen. Dabei werden sowohl formale Fragen , als auch Probleme die im Elternhaus, in der Kita oder Schule auftreten, erörtert.

Des weiteren soll die Möglichkeit gegeben werden, dass die Integrationskinder in der Regelschule einen Platz in der Grundschulkindbetreuung bekommen. Hierfür sind die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

Darüber hinaus wird der Magistrat aufgefordert, sich beim Land Hessen dafür einzusetzen,

1. dass die sächliche, personelle und finanzielle Ausstattung der Schulen dahingehend verbessert wird, dass zukünftig das Wunsch- und Wahlrecht aller Eltern für eine integrierte Beschulung ihrer Kinder gleichberechtigt gewährleistet werden kann.
2. dass die Mittel für gemeinsamen Unterricht in den unterschiedlichen Schulformen dem Bedarf angepasst werden und insbesondere die Zuweisung von Stellen für den gemeinsamen Unterricht im Bereich des Staatlichen Schulamtes Kassel kurzfristig verdoppelt wird. Nach Wunsch soll jedes Kind in seiner wohnortnahen Regelschule aufgenommen werden.
3. dass der Integrationsabbruch im Übergang von Kita und Grundschule behoben wird.

Um die Erfahrungen und die Bedürfnisse der Praxis möglichst frühzeitig in diesem Prozess zu berücksichtigen, wird der Magistrat zudem aufgefordert, eine Anhörung mit den verschiedenen Akteuren und Institutionen (Elternorganisationen, fab, BFZ, Staatliches Schulamt, Pädagogische Frühförderstellen – Jugendamt – Gesundheitsamt – Sozialamt - Förderschulen- I-Klassenbetreffene Schulen) durchzuführen. Im Rahmen dieser Anhörung soll eine Bestandsaufnahme erstellt und Möglichkeiten der konkreten Schritten zur schulischen Integration eruiert werden. Dabei soll auch über den Stand der barrierefreien Umgestaltung der Schulen berichtet werden.

4. dass in den Regelschulen nicht nur zielgleich zu unterrichtende Kinder aufgenommen werden, sondern auch Kinder mit anderen Behinderungen, wenn das von den Eltern **der Kinder mit Behinderungen** so gewollt ist.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst nach erfolgter Aussprache bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Grüne betr. Schulische Integration behinderter Kinder fördern, 101.16.893, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Mütterthies

7. Ganztagsbetreuung Schule Schenkelsberg

Anfrage der SPD-Fraktion

- 101.16.915 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie weit sind die Vorbereitungen für die Einführung der Ganztagsbetreuung an der Schule Schenkelsberg fortgeschritten?
2. Gibt es Gründe, die für eine Verzögerung im Zeitplan sprechen?
Wenn ja, welche?
3. Wann erfolgt die Einbindung der Schulleitung und der Elternschaft in die Planung?

Stadträtin Janz beantwortet die Anfrage der SPD-Fraktion.

Nach kurzer Aussprache erklärt Vorsitzende Jakat den Tagesordnungspunkt für erledigt.

Die Anfrage ist beantwortet.

8. Schulinspektionen

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.16.928 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele und welche Zielvereinbarungen wurden zwischen dem Staatlichen Schulamt und den betroffenen Schulen (Friedrichsgymnasium, Luisenschule und Reformschule) getroffen?
2. Wie wird mit diesen Zielvereinbarungen von Seiten des Schulträgers umgegangen?

Stadträtin Janz beantwortet die Anfrage der CDU-Fraktion.

Nach kurzer Aussprache erklärt Vorsitzende Jakat den Tagesordnungspunkt für erledigt.

Die Anfrage ist beantwortet.

9. Information und Beratung - Förderprogramm "Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds"

Antrag der SPD-Fraktion

- 101.16.960 -

Abgesetzt

Ende der Sitzung: 18.55 Uhr

Gabriele Jakat
Vorsitzende

Elisabeth Spangenberg
Schriftführerin

Anwesenheitsliste

zur 24. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend
und Bildung am

Donnerstag, 19.06.2008, 17.00 Uhr
im Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel

Mitglieder

Gabriele Jakat, SPD
Vorsitzende

G. Jakat

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, B90/Grüne
1. Stellvertretende Vorsitzende

M. van den Hövel

Bodo Schild, CDU
2. Stellvertretender Vorsitzender

B. Schild

Dr. Rabani Alekuzei, SPD
Mitglied

Dr. Rabani Alekuzei

Anke Bergmann, SPD
Mitglied

Anke Bergmann

Barbara Bogdon, SPD
Mitglied

B. Bogdon

Peter Liebetrau, SPD
Mitglied

entschuldigt

Nicola Mütterthies, CDU
Mitglied

N. Mütterthies

Dr. Michael von Rüden, CDU
Mitglied

i.V. W. Stähling - Dittman

Sandra Rudolph, CDU
Mitglied

i.V. M. Rudolph

Heike Mattern, parteilos
Mitglied

Heike Mattern

Dr. Marlis Wilde-Stockmeyer, Kasseler Linke.ASG
Mitglied

Dr. Wilde-Stockmeyer

Heidrun Goebel-Feußner, FDP
Mitglied

Heidrun Goebel-Feußner

Teilnehmer mit beratender Stimme

Bernd Wolfgang Häfner, FWG
Stadtverordneter

Nuray Yildirim, AUF Kassel
Stadtverordnete

Izzet Pehlivan,
Vertreter des Ausländerbeirates

Magistrat

Anne Janz, B90/Grüne
Stadträtin

Anne Janz

Schriftführung

Elisabeth Spangenberg,
Schriftführerin

Spangenberg

Verwaltung/Gäste

Nuray Yildirim - 65

Hege - 40-

J. Krahe (Architekt)

Vorlage Nr. 101.16.882

Kassel, 26.03.2008

Übergangszahlen

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie lauten die Übergangszahlen von den Klassen 4 der Grundschulen der Stadt und des Landkreises Kassel an die weiterführenden Schulen der Stadt und des Landkreises Kassel?
2. Wie hoch sind die Übergangszahlen von den 10. Klassen der Stadt und des Landkreises Kassel an die Oberstufengymnasien und die Beruflichen Gymnasien in der Stadt und im Landkreis Kassel?
3. Welche Schlussfolgerungen zieht der Magistrat aus diesen Zahlen im Hinblick auf die Schulentwicklungsplanung?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Dr. von Rüden

gez. Alfons Spitzenberg
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.16.891

Kassel, 14.04.2008

Stand der Planungen des Schulentwicklungsplanes

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

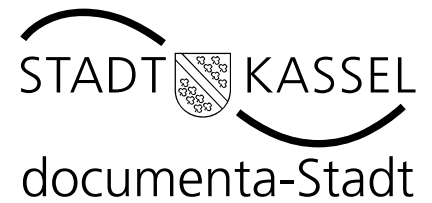
Der Magistrat wird aufgefordert, im Hinblick auf den im Frühjahr 2009 vorzulegenden Schulentwicklungsplan in den Sitzungen des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung bis zum Vorlagetermin regelmäßig über den aktuellen Planungsstand zu berichten.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. von Rüden

gez. Eva Kühne-Hörmann, MdL
Fraktionsvorsitzende



Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung



Rathaus
34112 Kassel
Telefon 0561 787 3310
Telefax 0561 787 3312
E-Mail
fdp-fraktion-kassel@netcomcity.de

Vorlage Nr. 101.16.892

Kassel, 14.04.2008

Vergabe von Schulsporthallen und Klassenräumen

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Wer ist für die Vergabe von Schulsporthallen/Klassenräumen an Vereine und sonstige Nutzer zuständig?
2. Zu welchen Bedingungen werden die Schulsporthallen/Klassenräume vergeben?
3. Wie hoch sind die Nutzungsentgelte? Sind diese gestaffelt?
4. Wird die Nutzung von Schulsporthallen/Klassenräumen auch in Ferienzeiten gestattet?
5. Gelten für alle in städtischer Trägerschaft befindlichen Schulsporthallen einheitliche Vergaberichtlinien?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Goebel-Feußner

gez. Frank Oberbrunner
Fraktionsvorsitzender

Vorlage-Nr. 101.16.893

Schulische Integration behinderter Kinder fördern

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die schulische Integration behinderter Kinder und Jugendlicher im Rahmen seiner Möglichkeiten in sämtlichen Bereichen des schulischen Alltags gezielt zu fördern und die Rahmenbedingungen hierfür zu verbessern.

Hierzu soll im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung eine Vernetzung zwischen dem Staatlichen Schulamt, dem Jugendamt, dem Gesundheitsamt und dem Sozialamt hergestellt werden.

Es soll geprüft werden, ob ergänzend zu dem bestehenden Landesprogramm ein kommunales Programm zur Integration und die Einstellung von SchulasistentInnen realisiert werden kann.

Weiterhin soll geprüft werden, ob die Möglichkeit besteht eine Beratungsstelle einzurichten, in der die Eltern eine ausführliche, gebündelte Beratung über Integrationsmaßnahmen bekommen. Dabei werden sowohl formale Fragen, als auch Probleme die im Elternhaus, in der Kita oder Schule auftreten, erörtert.

Des Weiteren soll die Möglichkeit gegeben werden, dass die Integrationskinder in der Regelschule einen Platz in der Grundschulkindbetreuung bekommen. Hierfür sind die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

Darüber hinaus wird der Magistrat aufgefordert, sich beim Land Hessen dafür einzusetzen,

1. dass die sächliche, personelle und finanzielle Ausstattung der Schulen dahingehend verbessert wird, dass zukünftig das Wunsch- und Wahlrecht aller Eltern für eine integrierte Beschulung ihrer Kinder gleichberechtigt gewährleistet werden kann.
2. dass die Mittel für gemeinsamen Unterricht in den unterschiedlichen Schulformen dem Bedarf angepasst werden und insbesondere die Zuweisung von Stellen für den gemeinsamen Unterricht im Bereich des Staatlichen Schulamtes Kassel kurzfristig verdoppelt wird. Nach Wunsch soll jedes Kind in seiner wohnortnahen Regelschule aufgenommen werden.
3. dass der Integrationsabbruch im Übergang von Kita und Grundschule behoben wird.

Um die Erfahrungen und die Bedürfnisse der Praxis möglichst frühzeitig in diesem Prozess zu berücksichtigen, wird der Magistrat zudem aufgefordert, eine Anhörung mit den verschiedenen Akteuren und Institutionen (Elternorganisationen, fab, BFZ, Staatliches Schulamt, Pädagogische Frühförderstellen – Jugendamt – Gesundheitsamt – Sozialamt - Förderschulen- I-Klassenbetreffene Schulen) durchzuführen. Im Rahmen dieser Anhörung soll eine Bestandsaufnahme erstellt und Möglichkeiten der konkreten Schritten zur schulischen Integration eruiert werden. Dabei soll auch über den Stand der barrierefreien Umgestaltung der Schulen berichtet werden.


4. dass in den Regelschulen nicht nur zielgleich zu unterrichtende Kinder aufgenommen werden, sondern auch Kinder mit anderen Behinderungen, wenn das von den Eltern so gewollt ist.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Dr. van den Hövel

Uwe Frankenberger MdL	Karin Müller
Fraktionsvorsitzender	Fraktionsvorsitzende



Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

STADT  KASSEL
documenta-Stadt

Rathaus
34112 Kassel
Telefon 0561 787 1284 / 1285
E-Mail buero@spd-fraktion-kassel.de

Vorlage Nr. 101.16.915

Kassel, 22.04.2008

Ganztagsbetreuung Schule Schenkelsberg

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie weit sind die Vorbereitungen für die Einführung der Ganztagsbetreuung an der Schule Schenkelsberg fortgeschritten?
2. Gibt es Gründe, die für eine Verzögerung im Zeitplan sprechen? Wenn ja, welche?
3. Wann erfolgt die Einbindung der Schulleitung und der Elternschaft in die Planung?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Bogdon

gez. Uwe Frankenberger MdL
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.16.928

Kassel, 30.04.2008

Schulinspektionen

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:


1. Wie viele und welche Zielvereinbarungen wurden zwischen dem Staatlichen Schulamt und den betroffenen Schulen (Friedrichsgymnasium, Luisenschule und Reformschule) getroffen?
2. Wie wird mit diesen Zielvereinbarungen von Seiten des Schulträgers umgegangen?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Mütterthies

gez. Eva Kühne-Hörmann, MdL
Fraktionsvorsitzende



Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

STADT  KASSEL
documenta-Stadt

Rathaus
34112 Kassel
Telefon 0561 787 1284 / 1285
E-Mail buero@spd-fraktion-kassel.de

Vorlage Nr. 101.16.960

Kassel, 22.04.2008

**Information und Beratung - Förderprogramm "Betrieblich unterstützte
Kinderbetreuung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds"**

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass die Kasseler kleinen und mittleren Unternehmen mit bis zu 1.000 Beschäftigten über das Förderprogramm „Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds“ informiert werden und bei Interesse eine eingehende Beratung erhalten.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Bergmann

gez. Uwe Frankenberger, MdL
Fraktionsvorsitzender